

Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Tasdelen, Margit Wild SPD**

Kitas am Limit – systemrelevantes Berufsfeld in der Krise unterstützen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Kindertageseinrichtungen in Bayern stärker in den Blick zu nehmen und sie bei der Aufrechterhaltung ihrer Angebote im Zuge der Corona-Pandemie zu unterstützen. Die aktuellen Vorgaben des Sozialministeriums im Rahmenhygieneplan führen die Kitas in Bayern ans Limit: Sie sollen feste Gruppen bilden, gleichzeitig aber auch umfassende Öffnungszeiten gemäß Betreuungsvertrag anbieten – dies trotz Personalknappheit, der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben und bei gleichzeitiger Einhaltung aller Hygienevorschriften.

Deshalb sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Einsatz und Refinanzierung zusätzlicher, auch pädagogischer Kräfte in den Kitas
- Je nach Personalkapazität die Möglichkeit, Betreuungszeiten einzugrenzen und die Öffnungszeiten zu reduzieren
- Weisung an die Träger, Beschäftigte der Risikogruppe nicht im Kinderdienst einzusetzen
- Möglichkeiten, um alternative Betreuungsformen wie bspw. temporäre Wald- bzw. Freilandgruppen unkompliziert aufzubauen und kleinere Anpassungen am Kita-Konzept vorzunehmen, ohne bürokratischen Hemmnisse gegenüberzustehen
- weitere Möglichkeiten zur unkomplizierten Reihentestung in Kindertageseinrichtungen zum Schutz des Kitapersonals
- Sicherstellung einer umfassenderen Ausstattung der Kitas mit Luftreinigungsanlagen und FFP2-Masken
- Informationen über Änderungen an die Kindertageseinrichtungen mit ausreichendem Vorlauf bis zur Umsetzung

Darüber hinaus setzt sich die Staatsregierung unverzüglich mit den Spitzen von Städte- und Gemeindetag in Verbindung, um ein gemeinsames Konzept für eine Bonus-Leistung für die Beschäftigten der bayerischen Kitas zu entwerfen und umzusetzen.

Begründung:

VorAn - Dokument - ID: 45757 zuletzt geändert von Rauscher, Doris am 30.11.2020 - 15:05

1

SPD Status: fraktionsöffentlich seit 27.11.2020 - 17:02

Ersterfasser: Doris Rauscher

Die aktuellen Vorgaben des Sozialministeriums aus dem Newsletter 374 und im Rahmenhygieneplan führt die Kitas in Bayern ans Limit: Sie sollen feste Gruppen bilden, gleichzeitig aber auch umfassende Öffnungszeiten gemäß Betreuungsvertrag anbieten. In der Praxis kann eine Betreuung in den Randzeiten aber nur angeboten werden, indem gruppenübergreifend gearbeitet wird, was seitens des Ministeriums nicht ausgeschlossen wird. Kontaktbegrenzungen werden damit aber ausgehebelt, der angestrebte Gesundheitsschutz der Kita-Kräfte ad absurdum geführt.

Dies ist zum einem dem ohnehin problematischen Fachkräftemangel in diesem Berufsfeld geschuldet, wird aber zum anderen durch den Ausfall von schwangeren Mitarbeiterinnen, die während der Corona-Pandemie nicht am Kind arbeiten dürfen, sowie den Ausfall von Beschäftigten in Quarantäne oder mit Krankheitssymptomen erschwert. Dies führt zu einer völligen Überlastung des bereits stark geforderten Kita-Personals, die sich in der aktuellen Situation im Stich gelassen und nicht ernst genommen fühlen. Kitas sind keine Verwahranstalten, sondern Orte der frühkindlichen Bildung – hierfür braucht es gute Rahmen- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, auch in der Krise, um Qualitätseinbußen zu verhindern.

Um auch weiterhin Frühpädagogik auf hohem Niveau anbieten zu können und den Bedarfen der Familien nach umfangreichen Betreuungsstunden Rechnung zu tragen, müssen Maßnahmen in die Wege geleitet werden, um in diesem systemrelevanten Bereich für dringend nötige Entlastung zu sorgen.

Darüber hinaus sollen die Beschäftigten der bayerischen Kitas wie andere Berufsgruppen im Bildungs- und Gesundheitsbereich auch für ihr herausragendes Engagement in den vergangenen Monaten mit einem Bonus gewürdigt werden. Die Staatsregierung muss sich deshalb aktiv mit den Spitzen des Städte- und Gemeindetags in Verbindung setzen, um zeitnah eine Bonuszahlung auf den Weg zu bringen.